



immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass wer arbeitet, mehr verdienen muss als jemand, der nicht arbeitet. Sonst bricht unser Gemeinwesen langfristig zusammen, weil jeder Leistungsanreiz verloren geht. Die FDP hat immer wieder die Geburtsfehler von Hartz IV kritisiert, so wie es

Mit keinem Wort hat Westerwelle die Leistungsbereitschaft Einzelner infrage gestellt. Darauf lege ich großen Wert. Denn wie jetzt Westerwelle habe auch ich in den vergangenen Jahren

unter Rot-Grün eingeführt worden ist. Ich habe das Gesetz nicht beschlossen und trete seit Jahren für seine Abschaffung und die Einführung des liberalen Bürgergeldes ein. Seit der Einführung

des ALG II sind die Ausgaben in dem Bereich deutlich angestiegen, ohne dass gleichzeitig die Zufriedenheit damit größer geworden wäre. Im Gegenteil: Die Klageflut bei den Sozialgerichten funktioniert als Beschäftigungsprogramm für Anwälte, Richter und Gerichtsangestellte. Mit dem Bürgergeld liegt ein fertiges Konzept für die Ablösung von Hartz IV vor. Die Zusammenfassung der verschiedenen Sozialleistungen in einer Leistung, dem Bürgergeld, berechnet von einer Stelle, schafft Transparenz und Akzeptanz. Nicht mehr Dutzende verschiedene Leistungen von ebenso vielen verschiedenen staatlichen Stellen, sondern einen einzigen Ansprechpartner beim Finanzamt zu haben, schafft die Effizienz, die wir für einen schlanken und starken Staat brauchen.

Die Sache stinkt zum Himmel

In vier Jahren hat es der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nicht für nötig erachtet, sich der Problematik der Umweltverschmutzung im Erzgebirge anzunehmen. Nach wie vor ist die Luftverunreinigung durch die tschechische Industrie direkt hinter der Grenze aber je nach Wetterlage für jedermann zu riechen. Zwar beteuern die Fachleute im Ministerium immer wieder es würden durch die Tschechen alle Grenzwerte eingehalten. Insofern kann man Entwarnung geben. Aber das Problem ist: Es muss ja nicht gleich gesundheitsschädlich sein, was der Region schlecht bekommt. Das habe ich dem neuen Umweltminister Norbert Röttgen nach sei-

ner Ernennung dann auch geschildert. Denn eine Region, die so sehr vom Tourismus abhängig ist, wie unsere Heimat, erleidet großen Schaden, bleiben die Touristen wegen der störenden und unangenehmen Gerüche weg. Norbert Röttgen hat die Angelegenheit jetzt zur Chefsache erklärt und wird in Kürze das Erzgebirge besuchen, um sich selbst vor Ort ein Bild von der Lage zu machen.



Die schnelle Verbindung in die Welt

Wir reden einerseits über das Web 2.0, über 3-D-Kino, iPhone und Apps.... Und gleichzeitig haben andererseits noch immer nicht alle Haushalte eine

Breitband-Internetverbindung. Und hierbei ist der ländliche Raum doppelt im Nachteil. Denn gerade dort, wo Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben mangels entsprechender Einrichtungen schwierig ist, könnte das Internet eine Teilkompensation sein. Weil heute immer größere Datenmengen versendet werden, gehört eine Breitbandverbindung mittlerweile zum Standard. Da im Erzgebirge immer noch viele Haushalte ohne eine solche schnelle Verbindung sind, stehe ich im Kontakt mit den entsprechenden Ministerien in



- Kurz gemeldet - Grenzüberschreitende Feuerwehreinsätze

Die Bemühungen, interkommunale Vereinbarungen zwischen den deutschen und tschechischen Gemeinden über gegenseitige Hilfe bei Feuerwehreinsätzen abzuschließen, gehen voran. Ich führte in den vergangenen Wochen mehrere Gespräche dazu. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig hat mir mitgeteilt, dass die Vertragsgestaltung Sache der Landkreise und der Kommunen ist, da Brandschutz eine weisungsfreie Pflichtaufgabe dar-

stellt, weshalb auch keine Notwendigkeit besteht, einen Staatsvertrag abzuschließen. Für die Altlandkreise Annaberg und Aueschwarzenberg sind bereits solche Vereinbarungen geschlossen worden und ich hoffe, dass dies alsbald auch für die Region des ehemaligen Mittleren Erzgebirgskreises geschehen kann. Dazu stehe ich auch weiterhin mit den Mitarbeitern des Landratsamtes Erzgebirgskreis in Kontakt. Weiteres dazu in Kürze.



Eine beeindruckende Reise



Meine erste Reise als Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führte mich im Januar nach Afrika. Gemeinsam mit Minister Dirk Niebel besuchten wir in sieben Tagen Ruanda, die Demokratische Republik Kongo und Mosambik.

Es war sehr beeindruckend, was wir dort gesehen haben. Viele unserer Probleme hier zu Hause werden plötzlich sehr klein, beschäftigt man sich mit den Lebensbedingungen der Menschen dort.

Der erste Stopp war Ruanda, das 1994 von einem nie dagewesenen Völkermord heimgesucht wurde. Innerhalb weniger Wochen wurden damals hunderttausende Menschen auf brutalste Art und Weise regelrecht abgeschlachtet, nur, weil sie der falschen Volksgruppe angehörten. Es war beeindruckend zu erleben, dass die Menschen und vor allem die Kinder ihren Lebensmut und ihr Lächeln trotz allem Schrecklichen nie verloren hatten.

Es standen Besuche einer Gedenkstätte und einer Mine für das Spezialmetall Wolfram auf dem Programm. Am fas-

zinierendsten war jedoch, die Bräuche und traditionellen Tänze der Menschen hautnah miterleben zu dürfen.

Im Anschluss stand die Demokratische Republik Kongo auf dem Reiseplan. Dort machten wir uns in der Provinz Nord-Kivu ein Bild von der Lage. Es war erschreckend mit anzusehen, wie die

Menschen heute noch immer unter bewaffneten Auseinandersetzungen leiden und unter katastrophalen, menschenunwürdigen Zuständen leben.

Die zwei Bilder rechts können nur ansatzweise wiedergeben wie schwierig die Umstände vor Ort sind.

Im Virunga-Nationalpark informierten wir uns über das deutsche Umwelt- und Ressourcenschutz. Gespräche mit Vertretern der kongolesischen Naturschutzinstitutionen und dem kongolesischen Umweltminister Jose Endundo bildeten den Abschluss des Besuchs in der D.R. Kongo.

Mit Mosambik besuchte die Delegation ein Land, das auf über 15

Jahre demokratische Erfahrung nach einem jahrzehntelangen Konflikt zurückblicken kann und als Beispiel erfolgreicher Armutsbekämpfung in Afrika gilt. Es gibt also noch Zeichen der Hoffnung. Dort spielte sich das bunte Leben jedoch nicht in den Staatsgebäuden, sondern auf der Straße ab.

Diese Reise hat mich sehr geprägt. Diesen Lebensmut zu spüren, den die Menschen in den krisengeschüttelten Regionen haben trotz allem, was ihnen widerfahren ist, war zutiefst ergreifend und hat mich stark berührt. Dies wird nicht meine letzte Reise nach Afrika gewesen sein.



Aus dem Leben einer Regierungspartei

Seit wir die Regierung bilden, werden wir kritischer beobachtet als zuvor. Überall suchen die Medien und der politische Gegner nach Fehlern, Widersprüchen und Versäumnissen. Oberflächlich mag das Geschrei der Öffentlichkeit auch verfangen. Da mag man denken, wir bauten nur Luftschlösser und ließen uns von einer kleinen Klientel kaufen. Doch so ist es ja nicht. Und die Opposition weiß das auch genau. Sie macht nur ihren Job. Wir dürfen uns aber davon nicht irritieren lassen! Glauben wir an unsere guten und richtigen Ideen und Konzepte! Wir müssen immer wieder erklären, wie die Dinge wirklich liegen. Lassen Sie mich an zwei Beispielen deutlich machen, was ich meine:



1. Haushaltssanierung und Steuerstrukturreform:

Fantasten und Traumtänzer seien wir, die noch nicht in der Realität angekommen seien. So und ähnlich hören wir es in diesen Tagen, wenn das Gespräch auf die Steuerreform kommt. Das sei nicht zu bezahlen und unsere Kinder und Enkel müssten dafür die Zeche zahlen, heißt es von den ewigen Nörglern und Staatsgläubigen. Dabei ist doch gar nicht die

Frage ob Haushaltskonsolidierung ODER Steuersenkung. Es gibt keine Auswahl. Das sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir brauchen eine Steuerreform, weil die so genannte kalte Progression zu tiefst ungerecht ist. Und wir brauchen einen soliden Haushalt. Man kann aber nicht die Kasse sanieren, indem man auf die absolut erforderliche Steuerreform verzichtet. Der Ideenreichtum der SPD mag sich darin erschöpfen. Aber wir als Liberale haben doch immer auch gesagt: Wir können den Haushalt nur in Ordnung bringen, wenn wir an die Ausgaben rangehen. Das heißt, wir müssen auch die Aufgaben des Staates neu definieren. Spielraum gibt es genug. Das zeigt der Blick in den Haushalt. Lassen wir uns also in dem, was wir als richtig erkannt haben, nicht beirren, liebe Freunde!

2. Ermäßigte Mehrwertsteuer im Beherbergungsgewerbe:

Was sind die Fakten?

- Wir haben seit langem, nämlich schon im Wahlprogramm 2005 den ermäßigten Mehrwertsteuersatz gefordert, wie übrigens auch die Linken, die SPD und die Grünen. Damals gab es eine breite Mehrheit für diese richtige Maßnahme.
- Die Steuersenkung ist absolut richtig. 22 von 27 EU-Staaten – darunter alle deutschen Anrainerstaaten – haben den ermäßigten Satz. Unser Verzicht auf die Senkung hätte Wettbewerbsnachteile für Deutschland bedeutet. Zehn Prozent der 358.000 Arbeits- und 48.000 Ausbildungsplätze, schätzen Experten, waren durch den Wettbewerbsnachteil akut gefährdet.

Im Übrigen entscheide ich im Plenum nach meinem Gewissen und stimme für das, was ich für richtig halte. Jetzt wird so getan, als seien die Spenden anrühlich. Tatsächlich wollen wir ja alle ein Parteiensystem, dass sich - transparent für alle - aus Spenden speist. Das hat auch das BVerfG ausdrücklich so formuliert. Was bei Staatsparteien passiert, wissen wir Bürger der ehemaligen DDR ja nur zu gut.

In der haltlosen Attacke der Opposition zeigt sich ein schlechter Stil, der dem Ansehen der Politik insgesamt schadet. Denn dann müsste man ja auch nach den Spenden aus der Solarbranche an die Grünen und nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fragen oder nach Spenden der Automobilbranche an die SPD und der Abwrackprämie.



Liebe Leserinnen und Leser der Hausteinst Post!

Seit jeher verschicke ich diese kleine Information über meine politische Arbeit auch elektronisch. Bitte helfen Sie mit, die Umwelt ein kleines bisschen zu schonen und geben Sie mir Ihre E-Mail-Adresse bekannt, falls Sie die Hausteinst Post künftig per E-Mail erhalten möchten. Die Natur wird es Ihnen danken!

IMPRESSUM

Herausgeber
Heinz-Peter Hausteinst
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Druck:
Druckerei E. Gutermuth, Grünhainichen

Einladung zur Bürgersprechstunde

Ich lade alle Bürgerinnen und Bürger, die ein Anliegen, ein Problem oder einen sonstigen Gesprächswunsch haben, zu meiner Bürgersprechstunde ein, die am **15.04.2010 von 16.00 – 18.00 Uhr im Bürgerbüro, Grünthaler Straße 63, 09526 Olbernhau** stattfindet.

Wer einen Gesprächswunsch hat, wird gebeten, sich in meinem Annaberger Büro anzumelden (Telefon: 03733 506521), damit ein reibungsloser Ablauf gewährleistet und möglichst vielen Menschen die Gelegenheit zu einem Gespräch gegeben werden kann. Ich freue mich auf Ihren Besuch.



Heinz-Peter Hausteinst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Haushaltsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

In dieser Ausgabe

- ... zur Debatte ...
- Der Sozialstaat
- Die Sache stinkt zum Himmel
- Die schnelle Verbindung in die Welt
- Grenzüberschreitende Feuerwehrein-sätze
- Eine beeindruckende Reise
- Aus dem Leben einer Regierungspartei
- Haushaltssanierung und Steuerstrukturreform
- Ermäßigte Mehrwertsteuer im Beherbergungsgewerbe
- Bürgersprechstunde

Deutscher Bundestag

Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-73940
Fax: 030 227-76134
E-Mail:
heinz-peter.hausteinst@bundestag.de
Internet:
www.heinz-peter-hausteinst.de

Wahlkreisbüros:

Wolkensteiner Straße 32
09456 Annaberg-Buchholz
Tel.: 03733 506521
Fax: 03733 506524
E-Mail: info@heinz-peter-hausteinst.de

Grünthaler Straße 63
09526 Olbernhau
Tel.: 037360 79326
Fax: 037360 79389

Bürgerbüro:

An der Markthalle 4
09111 Chemnitz
Tel.: 0371 6664900
Fax: 0371 6664902

Hausteinst Post

Ausgabe März 2010

Glück Auf, liebe Freunde der freiheitlichen Idee!

Nach Bundestagswahl, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung, einer einwöchigen Afrikareise mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2010 wird es höchste Zeit für die erste Hausteinst Post in Regierungszeiten.

Viel hat sich für mich im Bundestag und für unsere Partei insgesamt verändert in den letzten Wochen und Monaten: Nicht nur, dass wir jetzt auch in Berlin regieren und ich mich parlamentarisch nun mit Haushalt und Entwicklungszusammenarbeit statt mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beschäftige. Vor allem ist nun die Wahrnehmung eine andere. Wir werden als Regierungspartei von den Medien und der Öffentlichkeit anders wahrgenommen als früher und wir müssen standfest bleiben und uns behaupten. Vor allem Letzteres ist wichtig, damit wir uns nicht auch noch selbst das Leben schwer machen. Ich danke allen Unterstützern, die auch jetzt, wenn wir heftig Gegenwind zu spüren bekommen, die FDP-Fahne hochhalten, ganz herzlich! Es ist wichtig, dass wir uns jetzt nicht von den Wahlverlierern bange machen lassen, sondern an unseren



richtigen und guten Ideen festhalten. Gewählt sind wir für vier Jahre. Bis dahin wird unsere Arbeit Früchte getragen haben. Doch nun erst einmal viel Spaß beim Lesen!

Ihr/ Euer

... zur Debatte ...

Der Sozialstaat

In meinem Wahlauftritt habe ich letztes Jahr geschrieben, dass wir Deutschland grundlegend erneuern müssen. Da beginnt man logischerweise dort, wo das meiste Geld ausgegeben wird. Und das sind unsere Sozialsysteme. Über 50 Prozent des



Bundeshaushaltes fließen in diesen Bereich. Daher ist die Sozialstaatsdebatte, die längst überfällig ist und jetzt von Guido Westerwelle angestoßen wurde, absolut richtig. Leider beschränkt sie sich derzeit darauf, Guido Westerwelle niederzumachen, statt ernsthaft über die Zukunft der sozialen Sicherung zu diskutieren. Dabei hat der FDP-Vorsitzende nur darauf hingewiesen, dass man sich nicht nur mit jenen beschäftigen darf, die das Geld ausgeben, sondern dass man zu allererst für diejenigen die richtigen Bedingungen schaffen muss, die den Staat finanzieren. Anders kann kein Gemeinwesen dauerhaft funktionieren. Und nur so kommt der Staat zu den Mitteln, die er für die Schwächeren der Gesellschaft braucht.